

GESCHICHTE

Bankiersfamilien
Die Parallelwelt
der Elite

DDR-Millionäre
Kapitalisten im
Sozialismus

Vererbte Armut
Wie gelingt der
Aufstieg?



REICHE UND ARME

DER GROSSE GRABEN

Die Wurzeln der sozialen Ungleichheit in Deutschland

»Die Französische Revolution begann als Steuerrevolte«



Politik Können Steuern dazu dienen, Einkommen gerechter zu verteilen? Der Historiker Marc Buggeln findet Antworten auf diese Frage in der Geschichte. Er erklärt, was besser laufen muss.

SPIEGEL: Herr Buggeln, ist die deutsche Gesellschaft gerecht genug?

Buggeln: Politische Gleichheit ist die notwendige Voraussetzung für die Demokratie. Und ein zu großes Ausmaß an sozialer Ungleichheit kann auch die politische Gleichheit unterminieren. In Deutschland beobachten Politologen, dass die Wahlbeteiligung in den ärmeren Stadtteilen von Großstädten permanent zurückgeht. Die Leute haben das Gefühl, dass es egal sei, wen sie wählen, weil sich an ihrer Situation dadurch nichts ändern würde. Das ist sehr gefährlich für das demokratische Staatswesen.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt das Steuersystem dabei? Es kann ja in der Theorie helfen, Vermögen umzuverteilen: Die Gutverdiener zahlen mehr, die Ärmern profitieren von Subventionen und Investitionen, die mit diesen Steuern möglich sind. Funktioniert das?

Buggeln: Die Marktwirtschaft und der Kapitalismus schaffen derzeit so große Ungleichheiten in Deutschland, dass dadurch die politische Gleichheit und das demokratische Staatswesen gefährdet werden. Es gibt die reelle Gefahr wachsender Demokratieverdrossenheit. Die Sozialversicherung sichert die größten Gefahren und Unsicherheiten ab. Daneben müssen wir auch über das Steuersystem und über bestimmte Ausgaben einen sozialen Ausgleich schaffen. Das war bis in die Siebzigerjahre erfolgreich, heute aber funktioniert das nicht mehr.

SPIEGEL: Wann kam überhaupt die Idee auf, dass Steuern dabei helfen könnten, soziale Ungleichheit zu mindern?

Buggeln: Die Idee wurde schon in der Französischen Revolution diskutiert, gewann dann aber vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Zugkraft.

SPIEGEL: Wie hängen Steuern und Demokratie zusammen?

Buggeln: Der US-amerikanische Historiker Charles Tilly unterschied für die Frühe Neuzeit drei Arten von Staatsfinanzierung: den Raubstaat, der sich durch Aneignung von Gütern im In- und Ausland finanzierte, den Domänenstaat und den Steuerstaat. Bis ins 16. Jahrhundert gab es überwiegend Domänenstaaten. Deren Fürsten finanzierten sich direkt über die Erträge ihrer Ländereien. Die Bauern trugen durch Zwangsdienste zu diesem Ertrag bei. Sie wussten nicht, was mit den Erträgen aus ihrer Arbeit geschah. Nur der Steuerstaat habe den Weg in die Demokratie gewiesen, behauptete Tilly. Denn wer Steuern zahlte, wollte natürlich auch wissen, was mit seinem Geld geschah. Die Regierenden mussten deshalb häufiger Konzessionen machen.

SPIEGEL: Das heißt, Steuern brachten mehr Mitbestimmung mit sich?

Buggeln: Insbesondere die moderne Einkommensteuer, die erstmals 1798 in Großbritannien erhoben wurde, war ein wichtiger Schritt dahin. Mit der Kopplung des Wahlrechts an die Zahlung direkter Steuern verlor die familiäre Herkunft an Bedeutung, stattdessen verschaffte nun Leistung politischen Einfluss. Im 18. und 19. Jahrhundert waren Steuern und Wahlrecht eng gekoppelt: Wer mehr Steuern zahlte, also – das war der Gedanke dahinter – mehr für den Staat leistete, hatte mehr Möglichkeiten, die Politik zu beeinflussen. Das war aus heutiger Sicht nicht gerecht, aber der Weg zur politischen Mitbestimmung stand nun viel mehr Menschen offen als vorher.

SPIEGEL: Ein Meilenstein auf dem Weg von der Ständegesellschaft zur modernen Gesellschaft war die Französische Revolution. Hatte sie auch Auswirkungen auf das Steuersystem?

Buggeln: Die Französische Revolution begann sogar als Steuerrevolte. Drei Tage vor dem Sturm auf die Bastille hatten die Bürger und Bürgerinnen von Paris die Zoll- und Steuerhäuser an den Stadtmauern überfallen und vielerorts niedergebrannt. Der hoch verschuldete französische Staat hatte die Steuern auf Wein und andere Lebensmittel immer wieder erhöht, was die Händler auf die Preise aufschlugen. Eine der wichtigsten Forderungen der Revolutionäre war die Abschaffung dieser Besteuerung, insbesondere jener auf Lebensmittel.

SPIEGEL: Welche Alternativen fand die Revolutionsregierung, um zu Geld zu kommen?

Buggeln: Sie war anfangs zögerlich, dieser Forderung nachzukommen. Aber am Ende schuf sie ein neues System: Statt indirekter Steuern, wie jener auf Lebensmittel, die fast alle gleich treffen, bestand es aus vier direkten Steuern. Sie waren proportional ausgelegt, im Verhältnis zu seinem Besitz zahlte also jeder gleich viel. Bei der Bodensteuer sollte zum Beispiel jeder Steuerbürger entsprechend der Größe und der Fruchtbarkeit seines Bodens einen gleichen Teil seines Vermögens oder Ertrags als Steuer zahlen. In der Stadt zahlte man für die Zahl der Fenster an seinem Hausbesitz.

SPIEGEL: Reichte das denn zur Staatsfinanzierung?

Buggeln: Nein. Napoleon führte die indirekten Steuern wieder ein, und ihre Bedeutung wuchs schnell. Denn die indirekten Steuern stiegen nahezu gleichmäßig mit dem Wachstum der Wirtschaft, und das war durch die einsetzende Industrialisierung erheblich. Die direkten Steuern erhöhten sich dagegen nur, wenn der Staat mittels Kataster die neuen Bodenwerte berechnete. Das aber geschah selten, weil es sehr aufwendig war.